

Frühförderstelle – Grüne, Linke und FWG lehnen Sparvorschlag ab

Im Rahmen der intensiven Beratungen über mögliche Einsparungen im Kreishaushalt fordern BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und die FWG eine erneute Diskussion zu den Sparvorschlägen des Gutachters im Zusammenhang mit der Frühförderstelle.

Im jetzigen Zugangsverfahren bindet die Frühförderstelle Eltern, Erzieherinnen und Kinderärzte eng in die Diagnosegespräche mit ein. Dieses Verfahren hat sich für behinderte und von Behinderung bedrohten Kindern bewährt. Es ist niederschwellig und familiennah, die Arbeit geschieht in enger Abstimmung mit den Kindertageseinrichtungen. Der Sparberater des Kreises will dieses verändern und die Entwicklungsdiagnostik und Erstberatung weitestgehend im Kreisgesundheitsamt zentralisieren.

„Wir befürchten, so Andrea Hosang, stellvertr. Fraktionsvorsitzende, „dass bei einer Veränderung der Zugangsstruktur die Niederschwelligkeit verloren geht und die Kinder nicht mehr in ihrem alltäglichen Umfeld begutachtet werden, sondern hauptsächlich in den Räumen des Gesundheitsamtes. Wir müssen aber weiterhin sicherstellen, dass alle Kinder, die einer Förderung bedürfen, diese auch bekommen – damit uns kein Kind verloren geht!“

Es sei ungemein wichtig, so der Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion, Werner Sell, dass der bis heute eingeschlagene Zugangsweg zur frühestmöglichen Förderung der betroffenen Kinder erhalten bleibe. Die Frühförderstelle habe bereits in den letzten Jahren durch Einsparungen zur Haushaltskonsolidierung beigetragen. Außerdem habe sie auch vorgeschlagen, durch eine Änderung der Standards in der Beratungsphase einen Einspareffekt für den Kreishaushalt zu erzielen. Dadurch sei das Maß des Erträglichen erreicht.

„Allerdings wollen wir auch betroffenen Familien, die ein Attest vom Kinderarzt haben, den direkten Weg zum Kreisgesundheitsamt vorgeben“, so Helmut Stalz, Sprecher der FWG-Gruppe, „Dies reduziert Kosten und vermeidet unnötige Zusatzbelastungen für die Betroffenen.“

Die Grünen setzen sich zusammen mit den Linken und der FWG deshalb dafür ein, das bewährte Verfahren bei der Zugangsregelung beizubehalten, das alle Akteure und besonders die Familienzentren einbindet und im wechselseitigen Austausch zu einer abgewogenen Begutachtung kommt.